

Beteiligung



Anton Weber, Eva Hammerer und Björn Riedmann (v.l.). PHILIPP STEURER (3)



Wo Großschiffe fahren dürfen, sollen die Harder am Sonntag entscheiden.

Sorgen bereiten den Oppositionsparteien auch die Kosten für die Gemeinde. 324.000 Euro seien bereits jetzt für den damaligen Strandbad-Wettbewerb sowie für den Masterplan Hafen ausgegeben worden. Nun würden weitere Kosten für vier Architekten anfallen. „Die Frage ist, wer darüber entschieden hat“, kritisierte Hammerer. Einen gültigen Beschluss habe es in keinem Gremium der Marktgemeinde gegeben. Und dies, obwohl die Bürgermeister-Partei über die absolute Mehrheit verfüge.

Angst vor dem Ausverkauf. Abgesehen von diversen Planungskosten sei es angesichts der angespannten Finanzsituation in der Marktgemeinde gar nicht möglich, größere Investitionen zu tätigen. „Über die Finanzierung ist nichts bekannt. Im Moment werden Grundstücke

verkauft, um den notwendigen Bau der Schule in Höhe von 42 Millionen Euro tätigen zu können“, schildert Hammerer die Situation. So würden die Kosten für die Hafenneugestaltung am Ende nur von Investoren übernommen werden können. „Und die werden ihre eigenen Interessen verfolgen, nicht jene der Harder Bevölkerung.“

Grundsätzlich sei es sehr positiv, dass es einen Entwicklungsprozess gebe, erklärten die Vertreter der Oppositionsparteien. „Wir stehen sowohl der Hohentwiel als auch dem MS Österreich, das ja saniert wird und dann einen Heimathafen benötigt, positiv gegenüber“, betonte Björn Riedmann von den Sozialdemokraten. Aus seiner Sicht gehe es am Sonntag um eine Grundsatzentscheidung darüber, wo in Hard künftig Großschiffahrt möglich sein soll.

BREGENZ

Kleinere Defizite beim Kontrollsystem

Rechnungshof-Mitarbeiter überprüften das interne Kontrollsystem im Finanzmanagement des Landes.

Es wird trocken, aber es geht auch um viel Geld“, versprach Rechnungshof-Chefin Brigitte Egglar-Bargehr gleich zu Beginn der Pressekonferenz. Immerhin 1,73 Milliarden Euro hatte das Landesbudget im Prüffjahr 2016 umfasst. „Die zahlreichen Geldbewegungen müssen sicher, zeitgerecht und kostenoptimal erfolgen“, sagte Egglar-Bargehr. Die Mitarbeiter des Rechnungshofes hätten geprüft, wo Risiken vorliegen würden, ob Kontrollen sichergestellt seien und klare Verantwortlichkeiten gegeben seien.

Konservative Linie. Was das Kontrollsystem betreffe, gebe es wichtige Regelungen wie beispielsweise das Spekulationsverbotsgesetz oder die Finanzmanagement-Richtlinien. „Die Umsetzung ist so, dass seitens des Landes eine sehr konservative und risikoarme Linie gefahren wird“, resümierte die Rechnungshofdirektorin. Nicht zuletzt der BH-Skandal im Jahr 1999 oder der Finanzskandal in Salzburg hatten dazu geführt, dass die Rahmenbedingungen verschärft worden sind. Unterm Strich gebe es aber keine Verpflichtung, ein internes Kontrollsystem zu führen. Auch eine explizite Festlegung von Verantwortlichkeiten würde fehlen, bemängelten die Prüfer. In der Folge nannte Egglar-Bargehr einige Beispiele für eine bessere Kontrolle: Um

kurzfristige Finanzierungen vornehmen zu können, nehmen die Mitarbeiter der Finanzabteilung unter anderem kurzfristige Kredite, sogenannte Barvorlagen, auf. „Im Vorjahr wurden 20 Mal Barvorlagen in Höhe von durchschnittlich 20 Millionen Euro aufgenommen“, erklärte Egglar-Bargehr die Vorgehensweise.

Bei der derzeitigen Zinslage sei dies durchaus sinnvoll und kostengünstig. „Bei der Stichprobe haben wir aber festgestellt, dass die Kreditaufnahme nur von einer Person durchgeführt werden kann“, sagte sie. Zur besseren Kontrolle wäre es aus ihrer Sicht besser, wenn seitens der Bank eine Bestätigung des Geschäfts an den Vorgesetzten geschickt werden würde.

Weitere Verbesserungsmöglichkeiten sah Egglar-Bargehr bei der Kontoführung, beim Zahlungsverkehr. Positiv sei zu vermerken, dass der Landesgesundheitsfonds bereits in die Liquiditätsplanung aufgenommen worden sei. „Dort gab es eine hohe Differenz zwischen prognostizierter und tatsächlicher Liquidität.“

Zudem verwies die Rechnungshofdirektorin auf die Informationspflicht an den Landtag. „Dessen Mitglieder müssen umfassend informiert sein, damit sie der Kontrollfunktion nachkommen können.“

Sonja Schlingensiepen



Rechnungshofdirektorin Brigitte Egglar-Bargehr war im Großen und Ganzen zufrieden mit den Ergebnissen. PHILIPP STEURER